

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

in dieser Woche wird sich voraussichtlich entscheiden, ob Russland nach den jährlichen Wartungsarbeiten an der North Stream1-Pipeline wieder die Gaslieferungen aufnehmen wird oder nicht. Und wenn ja, in welchem Umfang. Eine verlässliche und ausreichende Gasversorgung, das wurde in den letzten Wochen so deutlich wie noch niemals zuvor, ist derzeit eine der wichtigsten Lebensadern für unser Land, die – noch – viertgrößte Volkswirtschaft der Erde. Fehlt es an Gas zu wettbewerbsfähigen Preisen, sind Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit akut gefährdet, stehen Millionen Arbeitsplätze auf dem Spiel, ganz zu schweigen von unserem Renten- und Gesundheitssystem. Das hinderte die verantwortlichen Politiker aber über Jahrzehnte hinweg nicht daran, sich bei der Gasversorgung auf einen wichtigen Lieferanten namens „Sowjetunion“ und später „Russland“ mehr als vielleicht geboten zu verlassen. Tatsächlich, auch das muß an dieser Stelle zu erinnern gestattet sein, gab es am Umfang und der Konstanz der russischen Lieferungen bis vor kurzer Zeit aber auch nichts auszusetzen.

Doch das ist Geschichte, und dies aus den verschiedensten Gründen, die an dieser Stelle nicht weiter untersucht werden sollen. Nicht nur, aber auch im Hinblick auf das stetig fließende und vergleichsweise günstige russische Gas entwickelte sich in der deutschen Energiepolitik in den beiden letzten Jahrzehnten eine „Nicht-mit-uns-Mentalität“, die in der strikten Ablehnung vieler bis dahin wichtiger Energiequellen gipfelte. Man beschloß sehr konsequent, bis zu welchem Datum unser Land aus welcher Energiequelle (Kernkraft, Kohle usw.) auszusteigen hat und welche neuen Verfahren (z.B. die Fracking-Gasförderung) man erst gar nicht aufgreifen möchte. Die Frage, woher dann die von unserem Land benötigten Energiemengen stammen sollen, wurde dagegen recht vage, meistens unter Hinweis auf Wind und Sonne, beantwortet. Und weil Sonne und Wind eben nicht verlässlich sind, sollten bevorzugt Gaskraftwerke die entstehenden, großen Lücken füllen.

An dieser gefährlichen, vor allem ideologiegetriebenen Inkonsequenz hat sich bis heute nichts geändert. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) empfiehlt Sparmaßnahmen im Kleinen („Kalduschen“), um mögliche Erleichterungen im Großen (Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke über den 31.12.2022 hinaus) glatt abzulehnen. Es bräuchte nicht viel, so der Minister sinngemäß. Ist ihm wirklich nicht bekannt, daß auch in diesem Jahr mit nur noch drei betriebenen Kernkraftwerken deren Anteil an der Stromproduktion bei etwa 10 % liegt (die Prozentangaben variieren je nach Quelle, zeigen aber in jedem Fall, daß auch der verbliebene Kernkraftanteil keineswegs vernachlässigbar ist)?

Eine andere Tatsache ist auch, daß wir auf einem großen Gasvorkommen von 2,3 Billionen (!) Kubikmetern leben, was etwa das Dreißigfache des aktuellen deutschen Jahresverbrauchs ist. Gut 22 Milliarden Kubikmeter könnten sofort erschlossen werden, wenn dies nur gestattet würde. Für einen beträchtlichen Teil des Restes müßte allerdings die Fracking-Methode angewendet werden, bei der – knapp formuliert – das Gas mittels Chemie, Sand und Wasser aus dem Gestein gelöst und gefördert würde. Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel beschloß man aber nicht nur den Atomausstieg, sondern auch das weitgehende Verbot der Gasförderung in Deutschland. Das betrifft insbesondere das Fracking-Verfahren, das für Deutschland rundweg abgelehnt wird. Andererseits hat der „Obergrüne“ Habeck aber keine Bedenken, Flüssiggas zu kaufen, das ebenfalls per Fracking gewonnen wird. Nur eben an Orten, die der deutsche Durchschnittsgrüne nicht sieht, was Habeck und seinen grünen Genossen bei der Gesichtswahrung hilft.

Hierin liegt – wir deuteten dies früher bereits einmal an – wohl das Hauptproblem der Grünen und damit fatalerweise auch unseres Landes verborgen: Würden die Grünen nach z.B. der Friedensfrage jetzt auch noch bei der Energieversorgung klein beigeben, bliebe vom früheren „grünen Kern“ kaum mehr etwas übrig. Die grüne Partei droht dann so zu enden, wie es derzeit der CDU widerfährt, nachdem diese unter Angela Merkel vieles von dem aufgegeben hat, was einstmal die CDU ausmachte. Das Beharren auf grünen Glaubenssätzen kann deshalb auch als eine Art Selbstschutz verstanden werden. Daß neben anderen dabei auch Habeck große Gefahren für unser Land in Kauf nimmt, kann allerdings nur schwer nachvollzogen werden und offenbart in jedem Fall gewisse charakterliche Mängel. (tb)

2 **Wer erhielt russisches Gold?**

Noch bevor die Vertreter der G7-Staaten über ein Handelsverbot für russisches Gold debattierten, erreichten im Mai rund 3,1 Tonnen für die Raffination bestimmtes, russisches Gold die Schweiz. Diese ist eines der weltweit größten Raffinations- und Transitzentren für das gelbe Edelmetall. Merkwürdigerweise hat sich bisher aber noch keine der vier großen Schweizer Goldraffinerien (MKS PAMP, Metalor Technologies, Argor-Heraeus und Valcambi) zu dem Geschäft bekannt.

Auf der Exportseite gingen im Mai die Schweizer Goldlieferungen nach China deutlich zurück, während die Ausfuhren nach Indien auf den höchsten Stand seit sechs Monaten zunahmen. China und Indien sind die beiden weltweit größten Goldnachfragemärkte. (tb)

3 Vernachlässigte Geopolitik

Während man in Russland (lassen wir den Ukraine-Krieg bitte einmal außen vor) und China laufend dazulernt, ist den westlichen Politikern Geopolitik zunehmend fremd geworden. Diesen Eindruck mußte man auch während und kurz nach dem kürzlichen G7-Gipfeltreffen auf Schloß Elmau gewinnen. Das Treffen machte einen durchgehend inszenierten Eindruck und zumindest unter den offiziellen Dokumenten finden sich nicht mehr als ein paar Absichtserklärungen, die man auch per Video-Konferenz hätte erarbeiten können. Und hinter den verschlossenen Türen, da sind sich die meisten Beobachter weitgehend einig, kam offenbar auch nicht viel mehr heraus.

Dabei spielte Geopolitik vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg eine große Rolle. In Deutschland geriet sie dann aber nach dem Ende des Dritten Reichs in Verruf, weil die Nationalsozialisten sie für ihre Zwecke instrumentalisiert hatten. Dies gipfelte darin, daß die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den von Charles de Gaulles geprägten Satz, daß Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen hätten, regelrecht konterkarierte. Sie meinte sinngemäß, es sei vor allem im deutschen Interesse, daß man die Interessen der anderen Staaten stets im Blick habe. Um das Jahr 2018 herum mahnte sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Kanzlerin, daß Berlin endlich einmal wieder Deutschlands Interessen „definieren“ müsse. Doch es tat sich nichts. Da verwundert es nicht, wenn Deutschland außenpolitisch praktisch nicht mehr ernstgenommen wird, wenn es nicht gleichzeitig neue Milliardenzahlungen verspricht . . .

Einer der letzten hochrangigen Politiker, der es auch nur anzudeuten wagte, daß Deutschland gerade als Export- und Handelsnation Interessen habe, die notfalls auch einmal durchgesetzt bzw. verteidigt werden müßten, war der damalige Bundespräsident Horst Köhler. Kurze Zeit später nahm er vorzeitig seinen Hut.

Einer der derzeit aktivsten geopolitischen Akteure ist die Volksrepublik China. Das Land, von dem Napoleon einmal sagte, man solle es besser schlafen lassen, denn wenn es erwache, erdrücke es die restliche Welt. Jetzt ist China zweifelsohne erwacht und seine geopolitischen Aktivitäten erstrecken sich nicht nur auf den Aufbau der neuen Seidenstraße und den ständigen Erwerb landwirtschaftlicher Flächen auf dem afrikanischen Kontinent, sondern auch auf den Aufkauf von Grund und Boden und Unternehmen in Deutschland. Daß das deutsche Entwicklungshilfeministerium gleichwohl jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge nach Peking überweist, zeigt in trauriger Deutlichkeit, wie uninformatiert man dort offenbar in geopolitischer Hinsicht ist.

Die nicht in Quartalsberichten, sondern in Generationen denkenden chinesischen Politiker möchten mit ihren weltweiten Aufkäufen aber nicht nur die Ernährung und das Einkommen ihres Milliardenvolkes sichern, sondern ihrem Land auch nach „Jahrhunderten der Demütigung“ den Wiederaufstieg beschern, indem sie ihm einen sicheren und respektierten zentralen Platz in einer (zumindest teilweise) neuen Weltordnung sichern. In den USA nimmt man diese Ambition inzwischen ernst und richtet den Blick immer mehr in Richtung Südpazifik. Washington macht dabei aber den Fehler, den dortigen Menschen diktieren zu wollen, wie diese zu leben haben. Im Südpazifik werden deshalb bereits die ersten warnenden Stimmen laut. Sie deuten an, daß sich die südpazifischen Inselstaaten auch China zuwenden könnten.

Ein weiterer großer geopolitischer Akteur ist und bleibt Russland, das flächenmäßig nach wie vor größte Land der Erde, dem es vor allem an ständig eisfreien Häfen mangelt. Manche Beobachter sehen inzwischen schon die russische Invasion in Afghanistan aus dem Jahr 1979 primär unter diesem Aspekt. Aktuell geht es gemäß dieser Perspektive nicht nur um südliche Häfen (Schwarzes Meer / Ukraine), sondern auch um arktische Gewässer und die dort vermuteten Bodenschätze. Auch diese sind entscheidende geopolitische Faktoren, wie es die jüngsten „Gasdrosselungen“ Russlands aufgrund vorgeschobener oder tatsächlicher technischer Schwierigkeiten den europäischen Politikern (und noch mehr den Bürgern) schmerzhaft vor Augen führten. (tb)

4 Die neue „Welt-Architektur“

Der Ukrainekrieg und die darin enthaltene Ost-West-Konfrontation geben leider einen voraussichtlich recht guten Einblick in die für die nächsten Jahrzehnte zu erwartende „Welt-Architektur“. Es dürfte zu einer wieder verstärkten Blockbildung, einer – wie manche Beobachter es ausdrücken – multipolaren Welt kommen, bei der noch vergleichsweise junge Bündnisse deutlich an Bedeutung zunehmen werden.

Ein gutes Beispiel hierfür ist das in seiner Urform 2006 gegründete BRICS-Bündnis aus inzwischen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Jetzt steht ganz vorne auf der Neuaufnahmeliste Argentinien, gefolgt von Saudi-Arabien. Und auch die Staaten der 2001 gegründeten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) bemüht sich um eine Aufnahme. Ihr gehören derzeit China, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan und seit 2017 auch die beiden Erzfeinde Pakistan und Indien an; Beitrittsinteresse bekundeten darüber hinaus Argentinien sowie der Iran (dieser auch für die BRICS-Vereinigung).

BRICS und SOZ haben nach Auffassung versierter Beobachter eine wichtige ideologische Gemeinsamkeit: Beide sind auf Multipolarität ausgerichtet und möchten Alternativen zu den eher westlich dominierten Strukturen z.B. im Wirtschafts- und Bankwesen aufbauen und anbieten. Es ist vielleicht gerade dieser Punkt, der nun auch das Interesse Saudi-Arabiens geweckt hat. Nach vielen Jahren enger US-Bindung bemüht sich Riad mehr denn je, mit seinen Öl-Milliarden zu einem globalen und unabhängigen Akteur zu werden. Aus genau diesem Grund pflegen die Saudis aktuell ihre Kontakte sowohl nach Russland als auch nach China. Ausweitung statt Verengung lautet dabei ihr Credo.

Die USA verfahren hier derzeit genau umgekehrt. Mit der von ihnen gewünschten Sanktionspolitik werden die wirtschaftlichen Verbindungen zu immer mehr Ländern regelrecht gekappt. Immer mehr Länder suchen deshalb nach Alternativen, nach neuen Verbindungen insbesondere nach China und Russland, die als wichtige Pole der erwarteten neuen, multipolaren Welt angesehen werden. Dabei können auch erklärte Erzfeinde Mitglied derselben Organisation werden und bleiben. In der SOZ-Vereinigung sind dies bereits Indien und Pakistan, bei BRICS könnten Saudi-Arabien und der Iran folgen. Die damit einhergehenden geopolitischen Veränderungen werden erheblich sein und auch die westlichen Regierungen zu einem teilweise grundlegenden Umdenken zwingen. (tb)

5 Jeder „Fingerhut voll Gas“ wird abgenommen

Der Sommer mit seiner geringeren Gasnachfrage ist traditionell die Jahreszeit der Wartungs- und Reparaturarbeiten an Gasleitungen und anderer Infrastruktur. Doch in diesem Sommer wird an den unter russischer Leitung stehenden Anlagen auffällig viel „geschweißt und geschraubt“. Es ist keine Frage, daß Russland unter seinem Präsidenten Wladimir Putin bereit ist, Gas als Waffe einzusetzen und hier die ersten Zeichen setzt. Man will im Kreml sozusagen die Kundschaft zappeln lassen.

Das ist der eine Teil der Wahrheit, der nicht zu bestreiten ist und der von den „großen“ Medien breit ausgerollt wird. Aber wahr ist auch, daß die Sanktionspolitik nicht von Russland beschlossen wurde, sondern – was den westeuropäischen Teil angeht – insbesondere auf Druck des EU-Parlaments (und natürlich der USA) zurückgeht. Bereits am 10. März veröffentlichten beispielsweise an die 100 Abgeordnete des Europäischen Parlaments ihre Forderung nach einem sofortigen und umfassenden Importverbot für Kohle, Öl und Gas aus Russland. Später schlossen sich dann auch noch die meisten restlichen Parlamentarier an.

Der Kohleboycott war schnell erledigt und beim Öl kam letztlich ein für die Europäische Union typischer „Kuhhandel“ zustande, bei dem im Endergebnis gleichzeitig boykottiert und dennoch eingeschränkt gehandelt wird. Nur das Gasembargo hatte von westlicher Seite aus keine Chance auf Umsetzung, weil sonst in einigen EU-Mitgliedsstaaten (darunter Deutschland) sinnbildlich das Licht ausginge. Jetzt war es Russland, das den Gasfluß nach Europa in den letzten Wochen verringerte und u.a. dadurch für stark steigende Preise auf den sogenannten „Spotmärkten“ sorgte. Davon profitiert auch Russland, das für seine jetzt verringerten Gaslieferungen so viel Geld wie nie zuvor einnimmt. Und weil man in Moskau (ggf. auf dem Umweg über Verrechnungskonten) inzwischen auf einer Zahlung in Rubel besteht, erreichte der Rubelkurs vor einigen Tagen ein neues Sieben-Jahre-Hoch.

Nüchtern betrachtet und salopp beschrieben haben sich die Westeuropäer mit ihrer Energieboycott-Politik selbst ins Knie geschossen und Putin wird diese Entwicklung mit stiller Freude genossen haben. Ukraine und Menschenrechte hin oder her: Die traurige Wahrheit ist, daß insbesondere Deutschland im kommenden Winter wahrscheinlich Russland jeden noch so kleinen „Fingerhut voll Gas“ abnehmen wird – ganz gleich, was er kostet. (tb)

6 Zwangsverheiratung in den Sommerferien

Es ist in deutschen Großstädten längst kein Randphänomen mehr, wenngleich die eigentliche Tat stets im Ausland begangen wird: die Zwangsverheiratung junger Frauen und Mädchen, für die ihre muslimischen Familien im Regelfall während der Sommerferien in die Heimat reisen. In Berlin machten nun die Ämter mobil und sandten entsprechende Warn- und Brandbriefe an alle Berliner Schulen.

Natürlich werden die späteren Opfer nicht über ihre bevorstehende Zwangsheirat informiert. Doch im Regelfall mehren sich schon Wochen vorher die Anzeichen – die jungen Frauen dürfen oft keinen Schritt mehr alleine tun (sie werden von den Brüdern „bewacht“), ihnen werden Treffen mit den Freundinnen verboten und auch das Handy ist dann meistens tabu. Dann soll es mit der ganzen Familie in die Ferien zu Verwandten in der alten, muslimischen Heimat gehen, wo das von der Braut oft unerwartete Schicksal seinen Lauf nimmt.

Alleine in den Berliner Behörden geht man von mindestens 600 Fällen pro Jahr aus, die meisten Taten werden während der Sommerferien begangen. Denn dann fällt es zunächst nicht auf, wenn das Mädchen von heute auf morgen verschwunden ist und zum neuen Schuljahr wird es später von der Schule abgemeldet. Oft mit dem vagen – und gelogenen – Hinweis auf eine bevorstehende Berufsausbildung. Zwangsverheiratungen kommen nicht selten auch in Familien vor, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben. Diese sind nicht unbedingt strenggläubig, haben aber stets die aus unserer Perspektive überkommenen Moralvorstellungen ihrer Herkunftsländer bewahrt.

Nach einer Studie des Bundesfamilienministeriums erleiden mehr als die Hälfte der betroffenen Mädchen und Frauen seelische und/oder physische Gewalt. Viele von ihnen können oder wollen sich nicht zur Wehr setzen, weil sie für diesen Fall fürchten, von ihrer Familie verstoßen zu werden. Dies meistens selbst dann, wenn Eltern und nahe Verwandte ihnen die größten Qualen zufügen sollten. Das Bezirksamt von Berlin-Neukölln (wo der Migrantenanteil 50 % übersteigt) sendet schon seit Jahren zu jedem Schuljahresbeginn Informationsschreiben mit Hilfsangeboten an die Schulen. Zu Beginn des neuen Schuljahres wird gezielt gefragt, ob alle fraglichen Mädchen wieder in der Schule erschienen sind. Oft gibt es dann Stühle, die leer bleiben. Auch wenn Zwangsverheiratung in Deutschland seit 2011 ein eigener Straftatbestand ist (bis zu fünf Jahre Haft), können doch nur wenige Fälle geahndet werden, weil die meisten Opfer in den Heimatländern ihrer Familien verbleiben. Meistens kommt es deshalb zu gar keiner Anzeige und wenn doch, dann ist die Beweisführung im Regelfall unmöglich. (tb)

7 „Den Scholz-Brüdern liegen die Finanzen quasi im Blut“

Zusammen mit einem dritten Gesellschafter gründeten die Brüder Fabian und Jakob Scholz vor knapp zwei Jahren das Finanztechnologieunternehmen „Rubarb“. Im Werben um das Anlegervertrauen schrieben sie mit Verweis auf ihren Onkel: „Den Scholz-Brüdern liegen die Finanzen quasi im Blut: Sie sind die Neffen von (damals noch, die Red.) Bundesfinanzminister Olaf Scholz.“ Jetzt ist es den meisten Investoren unerklärlich, was mit ihrem Geld geschah. Noch im Mai sprach Fabian Scholz z.B. über eine Finanzreserve in Höhe von etwa einer Million € und monatlichen Verlusten von gut 200 000 €. Danach hätte der Firma schlimmstenfalls das Geld Mitte/Ende August ausgehen dürfen, doch jetzt soll es schon vorher so weit gekommen sein.

„So etwas habe ich noch nie gesehen“, sagte ein Geldgeber dem „Handelsblatt“: „Wie kann man von einem Fundraising im Februar den Laden in weniger als fünf Monaten an die Wand fahren?“ Es ist wohl diese Art der Berichterstattung die den Scholz-Neffen jetzt mißfällt. Den Mitgliedern einer inzwischen von ihnen aufgelösten WhatsApp-Gruppe gaben sie kurz vorher jedenfalls noch den Rat, „nicht mit der Presse zu sprechen“. (tb)

8 Immer mehr Chinesen möchten auswandern

Vor allem unter den jungen und gebildeten Chinesen sehen viele für sich keine Zukunft mehr in China. Sie streben ins Ausland. Die Regierung möchte dies mit zum Teil fragwürdigen Methoden verhindern.

Die Unzufriedenheit hat verschiedene Ursachen. Zum einen ist dies eine zunehmende Unfreiheit, unter der die meistens zum kritischen Denken befähigten „Ausreisekandidaten“ immer stärker leiden. Sie sorgen sich auch um die Entwicklung ihrer Kinder, weil im chinesischen Bildungssystem zu viele Prüfungen, Druck und Hausaufgaben dominieren und die Persönlichkeitsentwicklung hintenansteht. Die großflächigen Corona-Lockdowns – oder auch nur die Aussicht darauf – gaben dann vielen Auswanderungskandidaten den Rest.

Zu den bevorzugten Zielländern zählen neben asiatischen „Nachbarstaaten“ wie Thailand auch Westeuropa, vor allem aber Kanada und die USA. Immer mehr junge und weltoffene Chinesen bekennen sich als Anhänger der „Run-Philosophie“. Dabei wird das aus dem Englischen stammende Wort „run“ im Sinne von „Weglaufen“ interpretiert, aber mit einem identisch klingenden chinesischen Schriftzeichen geschrieben, das für „feucht“ oder „glitschig“ steht. Auf diese Weise versuchen die Run-Anhänger, der strikten chinesischen Zensur zu entkommen. Ihr Internet-Portal befindet sich deshalb auch auf US-amerikanischen Servern. Seit Mitte April haben sich hier fast 20 000 Chinesen als „Run-Anhänger“ zu erkennen gegeben.

Die chinesische Bürokratie reagiert hierauf mit einem zunehmenden Pass-Entzug. Viele Reisepässe werden nicht mehr verlängert und wieder in ihr Land einreisenden Chinesen werden die Pässe ohne Vorwarnung ungültig-gestempelt. Auslandsreisen werden ohne wichtigen Grund (wenn z.B. ein Familienmitglied im Ausland schwer erkrankt ist) inzwischen ohnehin kaum mehr gestattet. (tb)

9 Schweiz – eine Insel der „Niedrig-Inflation“

Während sich in Deutschland die Inflationsrate der 8%-Marke nähert, sind in der Schweiz die Verbraucherpreise im Jahresvergleich im Juni 2022 „nur“ um 3,4 % gestiegen. Dies war zwar für die Schweiz die höchste Marke seit dem Jahr 1993, aber der Unterschied zum Euroraum war und ist markant. Dafür gibt es sowohl volkswirtschaftliche als auch statistische und strukturelle Gründe.

Zum einen ist die Schweizer Währung stark, was Importe – von Energie derzeit abgesehen – in den letzten Monaten eher verbilligt hatte. Daß z.B. der Strompreis bisher nicht so stark stieg wie u.a. in Deutschland, hat auch mit Preiskontrollen zugunsten der privaten Verbraucher zu tun. Und bei den Preisen für importierte Lebensmittel, die zugleich in der Schweiz hergestellt werden, machen sich jetzt die erhobenen Einfuhrzölle (durch die die Importwarenpreise auf das stets hohe, schweizerische Preisniveau angehoben werden) positiv bemerkbar: In vielen Fällen gibt es die Möglichkeit, daß bei steigenden Importpreisen (und einem in etwa gleichbleibendem Preisniveau in der Schweiz) einfach die Zölle entsprechend reduziert werden, um für den Endkunden Preiserhöhungen abzuwenden. Soweit die eher volkswirtschaftlichen Gründe.

Statistisch ist festzustellen, daß sich die für die Ermittlung der jeweiligen Preisveränderung zusammengestellten Warenkörbe in der Schweiz und dem Euroraum unterscheiden. In der Schweiz machen die Energiekosten bisher nur 5 % des Warenkorbes aus, in Deutschland 10 %. Der Lebensmittelanteil beträgt in der Schweiz 11,5 %, im Euroraum 15 %. Dagegen schlägt in der Schweiz der Gesundheitssektor mit fast 17 % zu Buche, in der Eurozone nur mit 5 %. Bereiche mit aktuell eher höheren Preissteigerungsraten haben deshalb im Euro-Warenkorb zurzeit einen eher höheren Anteil als in dem der Schweiz.

Strukturell spricht für die in der Schweiz niedrigere Inflationsrate auch die Konkurrenz durch den Internethandel, bei dem Lieferungen (auch von Deutschland) in die Schweiz oft zu deutlich niedrigeren Preisen führen als beim Kauf vor Ort. Nicht wenige Schweizer Einzelhändler (dort „Detailisten“ genannt) sehen deshalb Probleme, ihre im internationalen Vergleich ohnehin oft hohen Preise weiter nach oben „anzupassen“. (tb)

10 Euro im Sinkflug

Der – u.a. im Verhältnis zum US-Dollar – derzeit schwache Euro hilft zwar der deutschen Exportindustrie, aber gleichzeitig steigen die oft noch im US-Dollar abgerechneten Energiepreise und es gibt entsprechende inflatorische Einflüsse. Jetzt ist erstmals seit 20 Jahren wieder die Parität zum Dollar erreicht (1 Euro ≈ 1 Dollar). Das Erreichen dieser Marke symbolisiert wie kaum etwas Anderes die derzeitige Schwäche Europas mit seinen teilweise schuldengetriebenen Mitgliedsländern und Krieg und Energiekrise tun noch ein Übriges. Das Wachstum in Europa gerät immer mehr ins Stocken, praktisch alle gängigen Indizes signalisieren als Frühindikatoren einen weiteren Abschwung. Die Europäische Zentralbank (EZB) gerät mehr und mehr in die Zwickmühle, sich zwischen einer Fortführung der Politik des lockeren Geldes (wegen des befürchteten Abschwungs) und einer restriktiven Geldpolitik (wegen der Inflation) entscheiden zu müssen. Eine weiterhin lockere Geldpolitik wird aber die Inflation nur noch anheizen und restriktive Maßnahmen drohen die Wirtschaft nur noch weiter abzuwürgen.

Hinzu kommt die Sorge um die hochverschuldeten Eurostaaten. Um zu verhindern, daß diese potentiellen „Pleitestaaten“ (im wesentlichen Griechenland, Italien, Frankreich, Spanien und Portugal) ihre Staatsanleihen mit immer höheren Risikozuschlägen versehen müssen, dürfte in den nächsten Monaten der Gedanke an gemeinsame Anleihen, sogenannte Eurobonds, wieder verstärkt geäußert werden. Dabei treten, kurz gesagt, alle für einen ein. Für bisher bonitätsschwache Länder würde dies zu günstigeren Anleihezinsen führen (weil ja auch andere haften), bisher noch als bonitätsstark eingestufte Länder wie z.B. Deutschland müßten dagegen mit für sie steigenden Zinsen kämpfen. Dazu kämen Haftungsrisiken, weil dann – sinngemäß gesagt – die deutschen Steuerzahler auch für z.B. italienische Staatsschulden einzustehen hätten. (tb)

11 Für Sie aufgelesen:

„Gegen eine Dummheit, die gerade in Mode ist, kommt keine Klugheit an.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADESTENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.